



Bundestags- brief

Nr.268 • Die Woche im Bundestag • 15.05.2020



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Corona-Epidemie: Nöte der Künstlerinnen und Künstler nehmen wir ernst!

Ich freue mich sehr darüber, dass unsere Bundeskanzlerin in ihrem wöchentlichen Podcast sehr ausführlich zur aktuellen Situation unsere Künstlerinnen und Künstler Stellung genommen hat. Sie hat damit einmal mehr dokumentiert, dass die Bundesregierung weiß, wie groß die Herausforderungen für Kunst und Kultur in Zeiten der Corona-Epidemie in unserem Land sind.

Darüber hinaus hat Angela Merkel auf die vielen Hilfsangebote hingewiesen, die die Bundesregierung zur Bewahrung der kulturellen Vielfalt und Infrastruktur in unserem Land bereits auf den Weg gebracht hat.

So ist das Hilfsprogramm für Solo-Selbständige auch für Künstlerinnen und Künstler offen, die Zugangsregelungen und Vermögensgrenzen beim Bezug der Grundsicherung sind deutlich vereinfacht worden, und schließlich ermöglicht der Bund bei von ihm geförderten Einrichtungen die Zahlung von Ausfallhonoraren.

Neben dieser vielfältigen Unterstützung der Künstlerinnen und Künstler haben wir aber auch eine Reihe von Soforthilfeprogrammen auf den Weg gebracht, um unsere kulturelle Infrastruktur zu unterstützen und sie über die Ausnahmezeit der Corona-Epidemie hinweg zu sichern.

Dazu gehören gesetzgeberische Maßnahmen wie die Regelung zur Gutscheinelösung genauso wie Soforthilfeprogramme und Sonderpreise für freie Orchester und Ensembles oder Programmkinos. Auch die Probleme soziokultureller Zentren außerhalb der Metropolen sind uns bewusst, weshalb wir für diese kurzfristig mehr als 1,5 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Über die ersten Lockerungen der Maßnahmen im Kulturbereich habe ich mich sehr gefreut.

Der Bund wird die vielen kleineren und mittleren Einrichtungen in ihren Bemühungen unterstützen, unter veränderten Bedingungen eine verantwortungsvolle Öffnung mit gebotenen Maßnahmen des Gesundheitsschutzes umzusetzen. Für bauliche und organisatorische Investitionen stehen zunächst 10 Millionen Euro zur Verfügung.

Allerdings ist trotz dieser erfreulichen Entwicklung absehbar, dass die für die Kunst und Kultur besonders schmerzlichen Einschränkungen noch nicht aufgehoben werden können.

Deshalb arbeite ich mit Hochdruck an der Entwicklung weiterer Instrumente, die Künstler und Kreative, aber auch die Einrichtungen und Institutionen, in denen sie wirken, für die Zeit dieser Einschränkungen wirksam unterstützen und absichern. Ich bin dabei dankbar nicht nur für die Unterstützung der Bundeskanzlerin in dieser Frage, sondern auch für die offene Haltung, die Bundesfinanzminister Olaf Scholz hier einnimmt.

Ganz klar ist aber auch, dass der Bestand der kulturellen Vielfalt unseres Landes nicht allein vom Bund garantiert werden kann. Das Grundgesetz weist die Zuständigkeit für Kunst und Kultur ganz eindeutig den Bundesländern zu, die ihre Verantwortung ernst nehmen und deren Anteil an den staatlichen Fördermitteln für Kunst und Kultur diejenigen des Bundes in „normalen“ Zeiten deutlich übersteigt.

Deshalb appelliere ich an die Länder, sich auch bei der Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Epidemie mit entsprechenden Bemühungen, zum Beispiel mit der Übernahme der Ausfallhonorarregelung wieder des Bundes, einzubringen. Die Rettung unserer kulturellen Vielfalt ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die nur gelingen wird, wenn sich alle föderalen Ebenen nach ihren Möglichkeiten einbringen.

Maßvolle Rückkehr zur parlamentarischen Normalität

Im Einklang mit den bundesweiten Lockerungen kehrte in dieser Sitzungswoche auch der Deutsche Bundestag schrittweise zur Normalität zurück.

Bewährte Abstands- und Hygieneregeln genießen nach wie vor oberste Priorität. Wo es räumlich und organisatorisch möglich war, fand die fraktionsinterne Abstimmung wieder in Präsenzveranstaltungen statt.

Nach einigen Wochen sehr starker Fokussierung auf die akute Krisenbewältigung kamen nun an drei vollen Sitzungstagen auch wieder andere politische Themen in den Blick.

Mutige „Sprünge“ in Deutschlands Zukunft

Nach der Krise sind andere Antworten gefordert als vor der Krise. Der sich abzeichnende Einbruch bei den gesamtstaatlichen Steuereinnahmen ist struktureller Natur.

„Business as usual“ mit den immer gleichen Forderungen nach konjunkturpolitischen Strohfeuern wird den Ansprüchen Deutschlands als führende Technologie- und Industrienation im 21. Jahrhundert nicht gerecht.

Was hindert deutsche Unternehmen und öffentliche Verwaltungen bei Digitalisierung, Mobilität und nachhaltigem Wachstum weltweit führend zu sein?

Darauf kommt es jetzt an: das Zukunftspotenzial unserer Gesellschaft heben. Wir alle sind aufgefordert, diese notwendige Debatte mit innovativen Vorschlägen zu bereichern.

An historischer Herausforderung wachsen

Auch die internationale Politik bleibt von den negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht verschont.

Fehlender Gesundheitsschutz, harte wirtschaftliche und soziale Einschnitte und ein sinkender Ölpreis erschweren die Kooperation auf globaler Ebene.

Angesichts wachsender Systemkonkurrenz und politischer Spannungen unter anderem zwischen den USA und der Volksrepublik China sind Deutschland und Europa mehr und mehr auf sich alleine gestellt.

Wir stehen gemeinsam vor der historischen Herausforderung, jetzt die Weichen für ein stärker eigenverantwortliches und souveränes Europa zu stellen – mit Deutschland als wesentlichen Impulsgeber.

Ein erster Schritt auf diesem Weg war die Geberkonferenz zur Bekämpfung des Coronavirus auf Initiative der EU. Regierungen von mehr als 40 Ländern haben auf der Konferenz am 4. Mai ihren finanziellen Beitrag zur Unterstützung im Kampf gegen das Coronavirus verkündet. Am Ende kamen 7,4 Milliarden Euro für die "Global Response"-Initiative der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und weiterer Partner zusammen.

Die Initiative will alle internationalen Bemühungen bündeln um Diagnostika, Medikamente und Impfstoffe gegen Covid-19 zu erforschen, zu produzieren und anschließend gerecht zu verteilen. Deutschland beteiligt sich mit 525 Millionen Euro.

Mehr Hebammen in der Ausbildung

Der Hebammenberuf zählt zu den sogenannten Mangelberufen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) nun mitteilt, ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Berufsbild „Hebamme/Entbindungspfleger“ in den vergangenen zehn Jahren um 44 Prozent gestiegen.

2688 Schülerinnen und Schüler des Jahrgangs 2018/2019 befinden sich nun in der Ausbildung, darunter jedoch lediglich drei männlichen Geschlechts.

Den Hebammenberuf erlernt man derzeit noch vor allem an Schulen des Gesundheitswesens, 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler 2018/2019 besuchten eine solche Schule. Mit Beginn des Ausbildungsjahres 2020 wird die Ausbildung akademisiert und innerhalb von rund zwei Jahren in einen Bachelor-Studiengang überführt.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)